

Arbeitspapier

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 100/2003
Karl-Heinz Kamp

Frieden um jeden Preis? Scheinargumente in der aktuellen Irak-Debatte

Sankt Augustin, Februar 2003

Ansprechpartner: Dr. Karl-Heinz Kamp
Leiter der Abteilung Planung und Grundsatzfragen
Internationale Zusammenarbeit I
Telefon: 02241 / 246 – 252
Telefax: 02241 / 246 - 870
E-Mail: karl-heinz.kamp@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

Frieden um jeden Preis?

Scheinargumente in der aktuellen Irak-Debatte

Anfang Februar 2003 erschienen ganzseitige Anzeigen in großen deutschen Tageszeitungen, in denen zu Demonstrationen gegen einen drohenden Irak-Krieg aufgerufen wird. Unterzeichnet wurde dieser in Form eines offenen Briefes gehaltene Aufruf von einem ebenso illustren wie heterogenen Kreis. Kulturschaffende, Psychoanalytiker oder Juristen gehörten ebenso wie altgediente Veteranen der Friedensbewegung mit zu den Unterzeichnern - nur wenige von ihnen waren bisher als Sicherheitsexperten oder außenpolitische Fachleute in Erscheinung getreten

Sie alle eint der Wunsch, den in der Golfregion aufmarschierenden Streitkräften der USA in den Arm zu fallen. Schließlich gelte es zu verhindern, dass "zum ersten Mal ein demokratischer Staat...einen Angriffskrieg führen" würde – selbst wenn es mit einem Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen geschähe. Dies müsse zwangsläufig – so der Demonstrationsaufruf – zur Radikalisierung des Islam und zu weiterem Hass auf die USA und den gesamten Westen führen.

Dass bereits 1999 die NATO als Gemeinschaft demokratischer Staaten einen "Angriffskrieg" sogar ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates geführt hat und heute für ihre stabilisierende Rolle auf dem Balkan weltweit und uneingeschränkt gelobt wird, ficht die Autoren nicht an. Ebenso wenig beeindruckt die Experten, dass auch die Luftschläge in Afghanistan nicht zum Aufstand der islamischen Massen geführt haben. Statt dessen gibt es seit der militärischen Beseitigung des steinzeitlichen Taliban-Regimes erstmals seit Jahren die Chance für eine politische Stabilisierung dieses geschundenen Landes. Schließlich bleibt völlig unerwähnt, worum es bei der militärischen Drohkulisse gegenüber dem Irak eigentlich geht – wenn nur verhindert werden kann, dass Präsident Bush seiner "Zuspitzung der Worte" entsprechende Taten folgen lässt. Die Gefahr für den Weltfrieden geht, davon muss man nach der Lektüre des flammenden Appells überzeugt sein, einzig und allein von einer kriegslüsternden amerikanischen Regierung aus.

Nun ist es ein legitimes Recht in einer Demokratie, zum Protest gegen einen vermuteten Missstand aufzurufen. Sich gegen einen drohenden Krieg zu wenden ist sogar moralisch höchst ehrenhaft. Dabei allerdings einen Teil der Wirklichkeit einfach auszublenden, ist grob fahrlässig, selbst wenn man sich mit der Mehrheit der Bevölkerung in Übereinstimmung weiß. Fahrlässig ist es auch, in einer so entscheidenden Frage von Krieg und Frieden populäre Behauptungen zu übernehmen, die einer Überprüfung nicht standhalten. Bevor man also über ein Land, eine Regierung oder eine politische Entscheidung den Stab bricht, sollten zumindest

Ursachen und Wirkungen eines Problems betrachtet worden sein. Statt dessen ist die derzeitige Debatte in Deutschland und Europa mehr von Halbwahrheiten und Vorurteilen gekennzeichnet, als von Nüchternheit und Sachverstand. Die Folge ist, dass gerade von Deutschland auf der außenpolitischen Ebene mittlerweile ein außenpolitischer Flurschaden angerichtet wurde, der weit über die Irak-Problematik hinausgeht.

Keine Gefahr durch den Irak?

Standardargument europäischer USA-Kritik ist, dass vom Irak keine große Gefahr ausginge, sei doch mit einem direkten Angriff irakischer Streitkräfte auf die USA oder Europa beim besten Willen nicht zu rechnen. Den Charakterzug der Unberechenbarkeit und das Streben nach Massenvernichtungswaffen teile der Irak mit vielen anderen Diktaturen. Eine besondere Bedrohung ergebe sich daraus nicht.

Die Erfahrungen der letzten zwölf Jahre zeichnen ein völlig anderes Bild. Es ist unbestritten, dass der Irak seit seiner Niederlage im Golfkrieg biologische und chemische Massenvernichtungswaffen entwickelt und produziert hat - trotz der gegen ihn verhängten Verbote und Sanktionen und trotz der Verpflichtung zur völligen Abrüstung. Die von den Waffenexperten der Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergieagentur seit Anfang der neunziger Jahre durchgeführten Inspektionen sind von Bagdad permanent behindert und systematisch unterlaufen worden. Über die trotz aller Dementis des Saddam-Regimes immer wieder gefundenen Bestände an Kampfstoffen und Militärtechnik geben die vielen Berichte der Inspektionsteams hinreichend Aufschluss. Nach der Ausweisung der Inspektoren durch Saddam Hussein im Jahr 1998 konnte der Irak seine Waffenprogramme weitgehend unbeobachtet weiter verfolgen. Darüber hinaus hat der Irak, trotz der Zerstörung seines Nuklearprogramms nach dem Golfkrieg, stets versucht, die im Land vorhandene Expertise zum Atomwaffenbau zu erhalten und auszubauen. Auch hierzu hat es immer wieder überprüfbare Berichte gegeben.

Angesichts dieser von niemandem ernsthaft bezweifelten Zusammenhänge besteht die Gefahr, dass ein despotisches Regime (welches bereits zwei Angriffskriege geführt hat) über eine große Menge chemischer, biologischer und in der Perspektive auch atomarer Waffen verfügt. Besitzt ein Staat ein solches Zerstörungspotential und ist er obendrein noch Nuklearstaat, so ist er faktisch nicht mehr sanktionierbar, das heißt, er kann für sein Handeln kaum noch zur Rechenschaft gezogen werden. Hätte Slobodan Milosevic über Atomwaffen verfügt, so hätte es keinen Kosovo-Einsatz der NATO gegeben, ganz gleich welchen Genozid der Diktator

durchgeführt hätte. Wäre der Irak bereits 1991 bereits Nuklearmacht gewesen, so hätte sich keine Allianz zur gewaltsamen Befreiung Kuwaits gefunden.

Die Bedrohung, die von einem ungehindert agierenden Irak ausgeht, ist weniger ein Raketenangriff auf Washington oder London, sofern entsprechend weitreichende Raketen überhaupt verfügbar wären. Statt dessen würde einem hochgerüsteten und nuklear bewaffneten Irak eine Machtfülle zuwachsen, mit der er die gesamte Region in seinem Sinne umgestalten könnte. So könnte etwa ein erneuter Angriff auf Kuwait oder andere Nachbarn kaum mehr mit Hilfe westlicher Streitkräfte verhindert werden. Die Anrainerstaaten müssten, mit einer solchen Perspektive konfrontiert, ebenfalls versuchen, sich eigene Massenvernichtungswaffen zu beschaffen, wenn möglich noch vor dem Irak. Die sich ohnehin rasch drehende Rüstungsspirale in der Region würde völlig außer Kontrolle geraten. Die weltpolitischen Folgen einer Destabilisierung des Nahen- und Mittleren Ostens, als einer der sensibelsten Regionen auf dem Globus, sind unabsehbar.

Bush will Krieg?

Selbst viele, die die unbestreitbaren Fakten irakischer Rüstungspolitik zur Kenntnis nehmen, lehnen ein militärisches Eingreifen ab, dürfte Krieg doch grundsätzlich kein Mittel der Politik sein. Präsident Bush hingegen wolle einen solchen Krieg nahezu um jeden Preis und gebe zivilen Maßnahmen keine Chance. Auch sei ja die Gefahr durch den Irak so neu nicht und habe bereits vor den Terroranschlägen des 11. September bestanden - offenbar gehe es dem Präsidenten eher um Rache als um Frieden.

Eine solche Argumentation unterstellt einem engen Verbündeten nicht nur ein hohes Maß an Niedertracht, sondern verkehrt auch Ursache und Wirkung. Verantwortliche Politik erfordert, Ziele und Mittel einem vorhandenen Problem entsprechend auszuwählen. Wenn es also ein unbestrittenes Gefährdungspotential gibt, so kann die vordringlichste Aufgabe verantwortlicher Politik nicht Kriegsverhinderung um jeden Preis sein. Oberstes Ziel ist statt dessen die Beseitigung der erkannten Gefährdung. Ob es hierfür militärischer Mittel bedarf, muss dann im Einzelfall abgewogen werden.

Mit Blick auf den Irak ist das übergeordnete Ziel, die vorhandenen Massenvernichtungswaffen und ihre Produktionsstätten zu beseitigen und die von der UN geforderte vollständige Abrüstung zu überprüfen. Gerade die Überprüfung irakischer Vertragstreue hat sich im vergangenen Jahrzehnt als nicht sehr erfolgreich erwiesen. Sowohl bei den

biologischen und chemischen Waffen, als auch bei der Raketentechnologie haben die Inspektoren regelmäßig Unstimmigkeiten und Wortbrüche durch den Irak festgestellt.

Auch die 1990 in Kraft getretenen Wirtschaftssanktionen gegen den Irak haben nur einen begrenzten Erfolg gehabt. Statt dessen haben sich die langjährigen Erfahrungen auf dem Balkan und in anderen Regionen bestätigt: Sanktionen treffen in erster Linie die Zivilbevölkerung, ohne die Handlungsfähigkeit der Staatsführung wesentlich einzuschränken.

Aus den unzähligen Vertragsbrüchen und Betrugsversuchen Saddam Husseins folgt die amerikanische und britische Argumentation, dass eine vollständige und glaubwürdige Abrüstung im Irak nur mit einem Regimewechsel, also durch die Ablösung Saddam Husseins, erreicht werden kann. Dabei stammt die Forderung nach einem Regimewechsel nicht erst von George W. Bush, sondern wurde bereits von seinem Vorgänger Bill Clinton erhoben. Ein solcher Regimewechsel kann entweder nicht-militärisch erfolgen, indem etwa Saddam Hussein abdankt und den Weg ins Exil wählt, oder durch den Einsatz militärischer Macht. Diese Option haben sich die USA vorbehalten, falls alle andere Möglichkeiten Bagdad zum Einlenken zu bewegen, versagt haben. Allerdings werden die USA nicht alleine militärisch gegen den Irak vorgehen, sondern im Rahmen einer Koalition von Staaten – wie schon bei der Befreiung Kuwaits 1991/92. Deutschland ist zu keinem Zeitpunkt gebeten worden, sich militärisch an möglichen Kämpfen im Irak zu beteiligen.

Die vom Irak ausgehenden Gefahren sind keinesfalls neu. Experten in Europa und in den USA haben seit Jahren vor den im Irak (und in anderen Ländern) heranwachsenden Beständen an Massenvernichtungswaffen gewarnt. Insofern haben die Terroranschläge vom 11. September keine grundlegend neue Bedrohung geschaffen. Sie haben allerdings in den Vereinigten Staaten die Wahrnehmung und die Bewertung dieser Bedrohung grundlegend verändert. Schlagartig wurde offenbar, dass weder wirtschaftliche Macht noch militärische Stärke oder geografische Entfernung von den Krisenregionen der Welt die eigene Unverwundbarkeit garantiert. Damit stellt sich nicht nur für die Vereinigten Staaten die Frage, wie lange man eine wachsende Bedrohung ignorieren und auf die eigenen Möglichkeiten der Bedrohungsabwehr vertrauen kann. Während vor dem 11. September die Toleranzschwelle hinsichtlich irakischer Vertragsverletzungen deutlich höher war, ist sie nun auf ein Maß gesunken, das auch eine Militäraktion nicht mehr ausschließt

Dabei ist allen an einem möglichen Streitkräfteeinsatz beteiligten Staaten das Risiko eines solchen Krieges bewusst. Jede demokratisch gewählte Regierung wird die möglichen Opfer eines Krieges vor der Öffentlichkeit ihres Landes rechtfertigen müssen. Allein schon deshalb

kann ein militärisches Vorgehen nicht die bevorzugte Option der politisch Verantwortlichen sein. Folglich ist der Einsatz militärischer Macht auch kein "normales" Mittel der Politik und schon gar nicht ein Ersatz für politisches Handeln. Krieg stellt immer einen Zivilisationsbruch dar, der Opfer fordert, neue Probleme, Ungerechtigkeiten und Konflikte schaffen kann. Allerdings gibt es Situationen, die einen Einsatz von Streitkräften rechtfertigen, wenn zivile Maßnahmen versagt haben, und erst ein Militäreinsatz den Spielraum für erneutes politisches Handeln schaffen kann.

Blut für Öl?

Selbst wenn es Anlass zur Sorge über irakische Massenvernichtungswaffen gäbe, so sei doch der eigentliche Grund für die amerikanische Kriegsplanung die Gier nach dem Öl. Kein Land gehe so sorglos mit dem wertvollen Rohstoff um wie die USA und sei deshalb so dringend auf ungestörten Nachschub angewiesen. Vertreter dieser Verschwörungstheorie verweisen gerne darauf, dass die Schlüsselfiguren der Bush-Administration in den Chefsesseln amerikanischer Ölfirmen gesessen hätten. Wer auf diese Art reich geworden sei, so wird unterstellt, sei auch bereit, Blut für Öl zu vergießen.

Selbst wenn man anerkennt, dass wichtige politische Entscheidungen auch immer von wirtschaftlichen oder geostrategischen Überlegungen beeinflusst werden, so taugen solche simplen Argumentationen bestenfalls für Parolen und Transparente (oder zur Steigerung der Auflagen von Nachrichtenmagazinen). Mit der Wirklichkeit haben sie nur wenig zu tun.

Völlig vergessen scheint, dass gerade in Deutschland bereits 1991 weiße Bettlaken mit der Aufschrift "Kein Blut für Öl" aus vielen Fenstern hingen. Bereits damals wurde den USA unterstellt, den Kampf gegen den Irak allein aus Rohstoffinteressen zu führen. Sehr zum Verdross der Verschwörungstheoretiker haben aber die USA die irakischen Ölquellen offensichtlich nicht annektiert und auch die Bohrtürme in Kuwait sind nach wie vor unter kuwaitischer Kontrolle.

Unerwähnt bleibt auch, dass die großen Projekte im weltweiten Ölgeschäft nicht von einzelnen Konzernen, sondern von internationalen Konsortien, bestehend aus mehreren Firmen, durchgeführt werden. In keinem einzigen der derzeitigen Konsortien hat eine amerikanische Ölfirma die Konsortialführerschaft oder hält die Mehrheitsanteile. In einer solchen Konstellation könnte eine amerikanische Regierung nur schwer den internationalen Wettbewerb zugunsten nationaler Unternehmen außer Kraft setzen. Ohnehin haben amerikanische Regie

rungen in der Vergangenheit auf die Interessen der Ölkonzerne nur wenig Rücksicht genommen – sonst hätte Washington beispielsweise schon seit Jahren eine andere Politik gegenüber dem Iran verfolgen müssen.

Zwar dürften amerikanischen Ölfirmen (wie auch den Unternehmen anderer Länder) in einem halbwegs rechtsstaatlich geführten Irak lohnende Geschäfte winken. Allerdings werden die gewaltigen Kriegskosten und die großen wirtschaftlichen Risiken bei einer Eskalation des Konflikts von der Regierung in Washington sehr wohl gesehen. Bei einer raschen und erfolgreichen Militäraktion würde der Ölpreis voraussichtlich nur kurzfristig ansteigen. Würde sich der Konflikt aber ausweiten und zu einem Ausfall der riesigen Ölförderung Saudi-Arabiens führen, so wäre ein drastischer Anstieg des Dollarpreises pro Barrel mit dramatischen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft – und damit auch auf die Wirtschaftskraft der USA – unvermeidlich.

Schließlich haben amerikanischen Regierungen beim Einsatz militärischer Macht in der Vergangenheit stets überaus risikoscheu agiert und eigene Kriegskosten immer zu vermeiden versucht. Dabei sind häufig, wie etwa bei den Luftangriffen aus großer Höhe im Kosovo, militärische Nachteile bewusst in Kauf genommen worden, um amerikanische Soldaten nicht zu gefährden. Im Falle der humanitären Mission in Somalia haben bereits die Fernsehbilder weniger toter amerikanischer Soldaten, die vom Mob durch die Straßen Mogadischus geschleift wurden, ausgereicht, um die Regierung der USA zum Abbruch der Mission zu bewegen. Zu glauben, dass ein amerikanischer Präsident nun plötzlich bereit sei, große Opferzahlen unter den eigenen Soldaten in Kauf zu nehmen, nur um den Börsenwert amerikanischer Ölfirmen zu beflügeln, ist schlicht abwegig.

Die Vereinten Nationen als Feigenblatt?

Ein Krieg gegen den Irak, sei es aus amerikanischer Ölsucht oder aus Gewaltbereitschaft der Bush-Administration, scheint für viele längst beschlossene Sache zu sein. Die Vereinten Nationen seien von Anfang an ein Feigenblatt gewesen und nun, da die Inspektoren keinen "rauchenden Colt" als Beweis für eine unmittelbare irakische Gefahr finden konnten, werde die Weltorganisation einfach übergangen.

Ursprünglich waren Vertreter der amerikanischen Regierung in der Tat entschlossen, ohne die Einbeziehung des Kongresses und erst recht ohne Berücksichtigung der Verbündeten oder gar der UN, gegen den Irak vorzugehen. Gerade auf Druck wichtiger Alliierten und zur Legitima

tion des eigenen Handelns gegenüber der amerikanischen Öffentlichkeit haben sich die USA nach und nach dem verbreiteten Wunsch nach einem Rückgriff auf die Vereinten Nationen angeschlossen. Die Resolution 1441 des UN-Sicherheitsrates und die darin als letzte Chance für den Irak vereinbarten Inspektionen sind Ausdruck dieser Politik. Diese letzte Chance ist dem Irak eingeräumt worden, obwohl er bislang bereits entsprechende UN-Resolutionen gebrochen hatte und erst unter der militärischen Drohkulisse, welche die USA aufgebaut haben, zur Kooperation bereit war. Hätten sich diejenigen durchgesetzt, die den Einsatz militärischer Mittel in jedem Fall ablehnen, hätte es kein Drohpotential gegenüber Saddam Hussein und damit auch keine Inspektionen im Irak gegeben.

Entgegen einem verbreiteten Irrglauben ist es nach dem Wortlaut der Resolution nicht die Aufgabe der Inspektionsteams den vielzitierten "rauchenden Colt", etwa in Gestalt funktionsfähiger Massenvernichtungswaffen, beizubringen. Statt dessen sollen die Teams überprüfen, ob der Irak die letzte Chance zur völligen Abrüstung gemäß den ihm auferlegten Verpflichtungen wahrgenommen hat. Das ist nach den bisher vorliegenden Berichten nicht der Fall. Statt der geforderten vollständigen Auflistung der noch vorhandenen Waffen hat Bagdad am 8. 12. 2002 einen Bericht vorgelegt, der, nach Einschätzung aller damit betrauten Experten, unvollständig und fehlerhaft ist. So fehlen beispielsweise Angaben über den Verbleib von 2100 Kilogramm Nährsubstanzen, mit denen rund 25 000 Liter Anthrax und 1500 Liter des stärksten bekannten Giftstoffs, Botulin, erzeugt werden können. Ebenso wenig finden sich Angaben über die Bemühungen des Irak, Uran aus dem afrikanischen Staat Niger zu importieren. Auch konnte der Irak nicht erklären, wo rund 550 Senfgas-Granaten und 400 Bomben geblieben sind, über die er nachweislich verfügte. Auch die am 27. 1. 2003 vorgelegten Zwischenberichte der beiden Leiter der Inspektionsteams, Hans Blix und Mohamed El Baradei, beklagten Ungereimtheiten und hinhaltenden Widerstand von irakischer Seite. Auch konnten die Inspektoren vom Irak keine glaubhaften Auskünfte zu dem Verbleib von Sprengköpfen, Nervengasbeständen und Militärtechnik erhalten, die der Irak vor 1998 zweifelsfrei besessen hat. Wie auch immer man die vom Irak ausgehende Gefahr bewertet, die Forderung nach völliger Abrüstung ist jedenfalls nicht erfüllt.

Umstritten ist, ob das Verhalten Bagdads bereits jetzt zu den in der UN-Resolution 1441 angedrohten "ernsten Konsequenzen" führen soll und ob diese Konsequenzen in einem Streitkräfteinsatz gegen den Irak bestehen sollen. Derzeit wird den Inspektoren noch Zeit für weitere Überprüfungen eingeräumt. Es ist aber offensichtlich, dass der militärische Druck, der die Inspektionen im Irak ermöglichte, nicht dauerhaft aufrecht erhalten werden kann. Ebenso offensichtlich ist, dass der Irak nach dem Abzug der US-Streitkräfte wieder in die bisherige Praxis des Betruges und der Vertuschung zurückfallen würde. Schließlich hat der Irak, bevor

es zur Resolution 1441 kam, bereits 16 entsprechende Resolutionen gebrochen. "1441" ist damit nicht nur die letzte Chance für den Irak, sondern bereits die siebzehnte dieser "letzten Chancen" die Bagdad eingeräumt wurde. Was immer man den Vertretern einer harten Linie gegenüber Saddam Hussein vorwerfen kann – mangelnde Geduld ist es definitiv nicht.

Vasallentreue zu den USA?

Selbst wenn die USA aus ihrer Perspektive einen Krieg gegen den Irak als notwendig und rechtmäßig ansähen, so könne dies nicht automatisch für Europa eine Folgepflicht bedeuten. Solidarität und Bündnistreue dürfe nicht in Vasallentum und blinder Gefolgschaft mit den USA enden.

Eine solche Sichtweise unterstellt, dass Europa und insbesondere Deutschland keine eigenen Interessen in der Region hätten und allein aufgrund der transatlantischen Freundschaft an der Seite Amerikas stehen müssten. Verkannt wird dabei, dass eine dauerhafte Destabilisierung der Nahost-Region für Deutschland ebenso katastrophale Konsequenzen haben würde, wie für die übrige Welt. Das bezieht sich auf Wirtschaftsaspekte ebenso wie auf Sicherheitsfragen. Hier liegt ein Grund, warum sich deutsche Bundesregierungen immer um eine aktive Nahost-Politik bemüht haben - auch und gerade im europäischen Rahmen. Zu glauben, dass Verbündete wie die USA und Großbritannien stets – falls nötig – militärisch aktiv werden, man selbst aber immer eine innenpolitisch weit leichter zu vermittelnde „Friedenspolitik“ für sich in Anspruch nehmen könne, ist auf Dauer blauäugig.

Mit Blick auf die aktuelle Irak-Krise hat Deutschland ein grundlegendes Interesse daran, Einfluss auf die Gestaltung einer möglichen "Nach-Saddam-Ära" zu nehmen. Deutschland hat eine der möglichen Option für einen Regimewechsel, die von allen anderen Partnern zumindest grundsätzlich erwogen wird (nämlich den Einsatz militärischer Macht), definitiv ausgeschlossen. Nimmt ein Land eine Position ein, die eine gemeinsame Politik im europäischen oder transatlantischen Bündnis zumindest in einer Richtung verhindert, so wird dieses Land zwangsläufig kompromissunfähig. Es verliert damit ebenso zwangsläufig den Einfluss auf den Verlauf der aktuellen Krise wie auf mögliche künftige Problemfälle

Die Betroffenheit Deutschlands von der Irak-Krise geht aber noch weiter. So betont Deutschland stets das aus der Geschichte gewachsene Sonderverhältnis zu Israel. Ein solches Sonderverhältnis erfordert nicht etwa, alle Schritte der israelischen Politik unkritisch hinnehmen zu müssen. Es erwächst daraus aber eine besondere Verantwortung Deutschlands für die Sicher

heit und territoriale Integrität Israels. Angesichts einer irakischen Position, die nach wie vor das Existenzrecht Israels auf das Schärfste bestreitet, wird die enge Verbindung Deutschlands zur Irak-Krise offensichtlich.

Letztlich ist auch die Bündnistreue Deutschlands, etwa gegenüber der NATO, der Europäischen Union oder gegenüber den Vereinigten Staaten, nicht allein eine beliebig auszulegende Pflicht, sondern ein Kerninteresse deutscher Politik. Nur die Berechenbarkeit und Kompromissbereitschaft der Mitglieder garantiert den Fortbestand einer Allianz. Eine Position, die bestimmte Optionen von vornherein ausschließt und damit einen Kompromiss in dieser Hinsicht verhindert, gefährdet nicht nur den Einfluss in einem Bündnis, sondern langfristig auch dessen Existenz. Das bedeutet nicht zwangsläufig eine bedingungslose Zustimmung allein um der Solidarität willen, sondern erlaubt selbstverständlich auch Kritik und Abweichung. Soll Kritik wirksam werden, so muss der Kritiker auch als Verbündeter geachtet und ernst genommen werden. Mahnungen aus Berlin werden - selbst wenn sie berechtigt sein sollten - auf absehbare Zeit kein Gehör mehr finden. Weder in Washington noch in vielen europäischen Hauptstädten.